

## Rubio nennt deutschen Verfassungsschutz Tyrannei - Jetzt reagiert die Regierung!

US-Außenminister Rubio kritisiert die Einstufung der AfD als rechtsextremistisch und spricht von „Tyrannei“. Deutsche Behörden weisen die Vorwürfe zurück.



**Deutschland** - In einer aktuellen Debatte hat US-Außenminister Marco Rubio den deutschen Verfassungsschutz für dessen Einstufung der Alternative für Deutschland (AfD) als „gesichert rechtsextremistisch“ scharf kritisiert. Rubio bezeichnete diese Entscheidung als „Tyrannei“ und unterstellte der deutschen Regierung, ihr Geheimdienst habe neue Befugnisse zur Überwachung der Opposition erhalten. Er argumentiert, der wahre Extremismus liege nicht bei der AfD, sondern in der Einwanderungspolitik des Establishments in Deutschland. Der US-Außenminister forderte daher einen Kurswechsel der Bundesregierung.

Das Auswärtige Amt reagierte auf Rubios Aussagen auf der Plattform X und wies dessen Vorwürfe entschieden zurück. Es betonte, dass die Einstufung der AfD auf einer gründlichen und unabhängigen Untersuchung basiert und dass die Entscheidung von unabhängigen Gerichten überprüft werden kann. Dies sei ein Zeichen für eine funktionierende Demokratie. Zugleich wurde klargestellt, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus unabdingbar sei.

## **Politische Reaktionen auf Rubios Vorwürfe**

Die Kontroversen zogen auch politische Reaktionen nach sich. CDU-Politiker Roderich Kieswetter warf dem US-Außenminister vor, die internationale Ordnung zu destabilisieren. Zudem merkte er an, dass Europa einen starken Führer benötige, um solchen Herausforderungen zu begegnen. Ehemaliger Außenminister Sigmar Gabriel hob hervor, dass US-Soldaten vor 70 Jahren für die Befreiung Deutschlands von den Nazis gekämpft hätten, wodurch er auf die historische Verantwortung und die Freundschaft zwischen den Ländern verwies.

Besondere Aufmerksamkeit erhielt Rubios Äußerung auch durch die Unterstützung von US-Vizepräsident JD Vance, der die AfD als die „beliebteste Partei“ in Deutschland bezeichnete. Zudem äußerte sich der Unternehmer Elon Musk und nannte ein Verbot der AfD einen „extremen Angriff auf die Demokratie“. Musk hatte im Vorfeld der Bundestagswahl für die AfD geworben, was in Deutschland großen Widerstand hervorrief.

## **Hintergrund der AfD-Einstufung**

Die Einstufung der AfD als rechtsextremistisch ist das Resultat eines umfassenden Prüfungsverfahrens, das in einem 1.100-seitigen Gutachten detailliert dokumentiert ist. Der Verfassungsschutz begründet seine Entscheidung mit der „menschenwürde missachtenden, extremistischen Prägung der Gesamtpartei“. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) bekräftigte, dass es keinen politischen Einfluss auf die

Entscheidung des Verfassungsschutzes gegeben habe, was die Unabhängigkeit der Behörde unterstreichen soll.

Rubios Kommentare werfen nicht nur Fragen zur politischen Ausrichtung Deutschlands auf, sondern zeigen auch, wie internationale Diplomatie durch interne politische Entscheidungen beeinflusst werden kann. Während die Debatte über die Grenzen von Meinungsfreiheit und Regierungsüberwachung weitergeht, bleibt abzuwarten, welche Folgen diese Entwicklungen für die transatlantischen Beziehungen haben werden.

Details	
<b>Vorfall</b>	Sonstiges
<b>Ort</b>	Deutschland
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.t-online.de">www.t-online.de</a></li><li>• <a href="http://www.zeit.de">www.zeit.de</a></li><li>• <a href="http://www.deutschlandfunk.de">www.deutschlandfunk.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**